



Presserklärung

Bonn, 22. März 2006

BUKO Kampagne gegen Biopiraterie

**c/o BUKO Agrar Ko-
ordination**

**Nernstweg 32
22765 Hamburg**

Tel: 040-39 25 26

**www.biopiraterie.de
info@biopiraterie.de**

Ansprechpartner:

**Gregor Kaiser
0174 - 362 10 40**

Mehr als Artenschutz!

Konferenz zur Konvention über die biologische Vielfalt hat begonnen

Zivilgesellschaftliche Beteiligung fördern – geistiges Eigentum auf Pflanzen verhindern - Terminorttechnologie ächten

In der derzeit laufenden Vertragsstaatenkonferenz fordert die **BUKO Kampagne gegen Biopiraterie** die Bundesregierung auf, sich für eine demokratische Biodiversitätspolitik einzusetzen.

Ein wichtiger Punkt der Verhandlungen sind die Fragen des Zugangs zur biologischen Vielfalt und wie ein gerechter Vorteilsausgleich möglich ist. Darüber wird seit 10 Jahren gestritten, seit acht Wochen liegt ein erster Vorschlag zur Ausgestaltung eines internationalen Regimes vor. Aus Sicht der **BUKO Kampagne gegen Biopiraterie** ist die gleichberechtigte Teilhabe der indigenen Gemeinschaften an den Verhandlungen über dieses sogenannte ABS-Regime ein zentraler Punkt. *„Sie sind am meisten betroffen und werden am wenigsten gefragt,“* so Gregor Kaiser von der Kampagne. *„Und wenn, werden sie funktionalisiert und auf ihre eine Rolle als Artenvielfaltsbewahrer reduziert. Das ist Kolonialismus im 21. Jahrhundert.“*

Die Verhandlungen sind geprägt von einem sich mehr und mehr verstärkenden Drang zur Kommerzialisierung und Privatisierung der biologischen Vielfalt. *„Hier gilt es Grenzen zu setzen um Biopiraterie effektiv bekämpfen zu können“*, so Kaiser weiter. *„Patente und andere geistige Eigentumsrechte auf Pflanzen, Tiere und Gene haben hier nichts zu suchen und müssen verboten werden.“*

Besonders dringend ist das Festhalten an dem Moratorium für sogenannte Terminorttechnologie. *„Das deutsche Umweltministerium muss hier v.a. auf die kanadische Regierung einwirken, denn diese will den kommerziellen Anbau von Saatgut fördern, welches mit den Selbstmordgenen ausgestattet ist. Das würde die BäuerInnen weltweit zu Leibeigenen der internationalen Saatgutkonzerne machen,“* so Gregor Kaiser. Weltweite engagieren sich Hunderte zivilgesellschaftliche Gruppen für ein Verbot dieser Technologie.